

TOP 6: 6. Armuts- und Reichtumsbericht

- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie -

Beschluss:

Der Ministerrat nimmt die Ministerratsvorlage des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Der vorliegende Armuts- und Reichtumsbericht umfasst eine wissenschaftliche Analyse der bestehenden Verhältnisse in Rheinland-Pfalz unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung seit dem fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung aus dem Jahr 2015. Die wissenschaftliche Untersuchung von Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz wurde im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie durch das Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen durchgeführt.

Die Landesregierung ist mit dem Beschluss des Landtages vom 11. Mai 2000 (Drs. 13/4060) aufgefordert, alle fünf Jahre eine Fortschreibung zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz vorzulegen.

Im Gegensatz zu den vorherigen Berichten enthält der aktuelle Bericht ausschließlich die wissenschaftliche Untersuchung zur Fortschreibung der wichtigsten Indikatoren. In den vorherigen Berichten wurden auch die Darstellung und Bewertung durch verschiedene Verbände (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Deutscher Gewerkschaftsbund und Landesarmutskonferenz) aufgeführt. Abschließend erfolgte die Darstellung der Strategien und politische Schwerpunkte der Landesregierung in der Armutsbekämpfung. Insgesamt war der Bericht dadurch sehr umfangreich (rund 600 Seiten).

In Abstimmung mit den Verbänden wurde vereinbart, zukünftig einen kürzeren wissenschaftlichen Bericht vorzulegen, der auf die wesentlichen Daten und Fakten

konzentriert ist. Die Maßnahmen der Landesregierung, wie auch die der Verbände, sollen ausführlich im zukünftigen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung dargestellt werden. Dieser Aktionsplan der Landesregierung wird aktuell unter Mitwirkung der Ressorts und der sozialen Akteure im Land erstellt. Dabei werden die aktuellen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie mit einfließen.